

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

313

II. Ausgabe.

Wien, am 19. November 1932

Die Finanzsorgen der österreichischen Gemeinden.

Der Städtetag im Wiener Rathaus.

Haute fand im Sitzungssaale des Wiener Gemeinderates unter **ungewöhnlich** starker Beteiligung der Gemeinden der Oesterreichische Städtetag statt. Auf dieser ausserordentlichen wichtigen Tagung des Oesterreichischen Städtebundes waren rund 80 Gemeinden mit mehr als 140 Delegierten vertreten. Als Vertreter der österreichischen Bundesregierung nahmen am Städtetag die Bundesminister Bachinger und Dr. Weidenhoffer, für den Verband der deutschen Verwaltungskörper der tschechoslowakischen Republik der Aussiger Bürgermeister Pölzl, ferner Vertreter der Landesregierungen, der parlamentarischen Klubs und der Handels- und Arbeiterkammern teil.

In seiner Eröffnungsansprache führte Bürgermeister Seitz aus:

"Der Städtetag wurde einberufen, um zu der Antwort der Regierung auf das vor einigen Monaten aufgestellte Forderungsprogramm der Städte Stellung zu nehmen. Wer immer, ob unmittelbar als Städteverwalter oder von ferne als ein an dem wirtschaftlichen und politischen Leben der Republik Beteiligter die Entwicklung unserer Städte, ihre Verwaltung und insbesondere ihre Finanzverwaltung verfolgt hat, der kann nur sagen: Die Not der Städte und der Gemeinden schreit. Der Zustand, in dem sich heute die Gemeinden Deutschösterreichs befinden, ist unerträglich, ja, ich wage auch ein schärferes Wort: Wenn man den Menschen in eine Beziehung je zum Staat und zur Gemeinde stellt und sich dann fragt, was er je von beiden empfängt und was er jedem leistet, dann muss man feststellen, dass die Leistungen der Gemeinden im umgekehrten Verhältnis zu ihren Einnahmen stehen. Wo immer sich eine menschliche Gesellschaft bildet, ob Staat oder der kleinste Verein, immer bestimmt sie selbst, in welchen Formen und in welcher Höhe sie die zur Bestreitung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel einhebt. Nur in Oesterreich gilt das hinsichtlich der Gemeinden nicht. Von Altersher hatten die Gemeinden selbstverständlich das Recht, in der Form der sogenannten Umlagen Steuern einzuheben, damit sie ihren Aufgaben nachkommen können. Dieses Recht der Steuerneinhebung wurde in Oesterreich nahezu gänzlich konfisziert. Der Staat hebt auch jene Steuern ein, die für Gemeindezwecke notwendig sind; er bestimmt die Gemeindesteuern und davon den Anteil, den er allergnädigst den Gemeinden zur Verfügung stellt. In dem derzeitigen Besteuerungssystem liegt also geradezu eine Präpotenz des Staates. Die Gemeindeverwaltungen sind aber nicht mechanisch gleichlaufende Apparate; jede Gemeinde ist für sich ein Individuum von ganz besonderer Eigenart. Die eine Gemeinde lebt unter diesen wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen, die anderen unter jenen. Davon hängt immer die Art der Steuern und der Finanzgebarung ab. Diese Gebarung einfach in ein Schema zu zwingen und nach Formeln arithmetisch zu gestalten, ist an sich schon ein Unsinn und die beinahe durchgängige Konfiskation der Steuern bis auf verschwindend kleine Reste ist volkswirtschaftlich und kulturpolitisch ein grober Fehler. Hier muss endlich einmal Ordnung gemacht werden, die Gemeinde muss wieder zu ihrer Autonomie kommen! Allerdings, immer wieder wird sich die Gemeinde in das Ganze einreihen müssen und immer wieder wird das Ganze ihr eine gewisse Einschränkung auferlegen. Aber in irgendeiner Form muss die Gemeinde Gelegenheit haben, nach ihrer Eigenart zu leben und nicht nach einem von der Zentralstelle vorgeschriebenen Schimmel. Man wird vielleicht einwenden, dass dieser Ruf zu spät komme, heute hätten die Gemeinden auch von einer solchen Regelung nichts, weil die Steuerquellen fast gänzlich versiegt sind. Das ist zweifellos richtig, aber das hindert uns nicht endlich einmal Ordnung zu machen. Hätte man den berechtigten Protest der Ge-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

meinden gegen die Steuerkonkiskation seinerzeit beachtet, dann hätten die Gemeinden zur Zeit, da es noch möglich war, aus Steuern die Bedürfnisse zu bestreiten, vorgesorgt; sie hätten nicht Darlehen suchen müssen, sie hätten sich nicht verschuldet und könnten die Beträge, die sie heute empfangen, für Gemeindezwecke verwenden, statt sie sich von den Kreditinstituten, an die sie sich verschuldet haben, wegpfänden lassen zu müssen. Am Beginne aller unserer Beratungen muss daher immer wieder gesagt werden, dass sie nicht bloss in bestimmte Einzelforderungen ausklingen, sondern in die Forderung der Wiederherstellung des Rechtes in Oesterreich, des Rechtes der freien Gemeinde im freien Staate. (Lebhafter Beifall). In diesem Sinne wollen wir auch in die Beratungen eingehen".

Der Bürgermeister begrüßte sodann die Gäste, worauf Bundesfinanzminister Dr. Weidenhoffer im Namen der Regierung den Städtetag begrüßte. Die Regierung, sagte der Bundesfinanzminister, zeige für die schweren Bedrängnisse der Gemeinden in der Krise volles Verständnis. Sie sei aber bei Bewältigung ihrer Aufgaben an das Gesetz gebunden, insbesondere bei Aufteilung der Steuereinnahmen an das Finanzverfassungsgesetz. Wenn der Herr Bürgermeister betonte, dass der gegenwärtige Zustand für die Städte unhaltbar sei und man zu einer Neuregelung dieser Verhältnisse werde kommen müssen, so sei das ein Zukunftsprogramm. Daran mitzuarbeiten und Verbesserung bedürftiges wirklich zu bessern, dazu werde auch die Regierung ihre Hand bieten, die sich bei allen Wünschen aus dem Kreise der Städte und aus dem Bereiche des Städtetages vor keine leichte, sondern vor eine sehr schwere Aufgabe gestellt sehe, da ja auch Staat und Regierung ihre schweren finanziellen Sorgen haben. Ich schicke das voraus, weil die Antwort der Regierung die Mitglieder des Städtetages als sorgenbeladene Stadtväter wahrscheinlich wenig befriedigt hat. Wollen Sie aber dabei immer bedenken, dass die Mittel, die der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen, ausserordentlich begrenzt sind, dass auch den Gemeinden noch immer selbstständige Einnahmen von nicht ganz geringem Umfang zur Verfügung stehen und dass wir uns alle sehr schwer tun. Ich bitte Sie, an dem guten Willen der Regierung zu glauben und rückschauend zu erkennen, dass sich unser Land im Grossen und Ganzen bei den ungeheuer schwierigen Wirtschaftsverhältnissen noch gut hält und dass wir verschiedenen Tiefen der Krise bereits überwunden oder doch jene Grundlagen gelegt haben, die uns zu der Hoffnung berechtigen, dass wir aus der allgemeinen grossen Wirtschaftskrise, die auf ganz Europa, insbesondere auf Mitteleuropa, lastet, wenn auch unter ungeheuren Opfern und Anstrengungen herauszukommen hoffen. Ich bitte Sie daher, Ihre Beratungen in diesem Geiste zu führen und an der Zukunft unseres Landes und an der Zukunft der Städte nicht zu verzweifeln, sondern das Selbstvertrauen zu hegen, dass wir alle Schwierigkeiten schliesslich überwinden werden. Lassen Sie sich von diesem Gedanken der Zuversicht bei allen Ihren Beratungen leiten. Ich sehe mit grossem Interesse den Ergebnissen dieser Beratungen entgegen und bitte, überzeugt zu sein, dass ich alles tun werde, was im Rahmen des Möglichen und der bestehenden Gesetze liegt, um Ihren Wünschen gerecht zu werden. Ich wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg. (Beifall).

601

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Im Namen des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper der tschechoslowakischen Republik überbrachte Bürgermeister Pölzl (Aussig a. d. Elbe) die Grüsse und Wünsche für einen gedeihlichen Erfolg der Arbeiten des Städtetages. Der Bund der deutschen Städte in der Tschechoslowakei bringe den Arbeiten des Städtetages und dessen Kampf für die Selbstverwaltung tiefstes Verständnis entgegen. Nicht nur der Staat, auch die Städte haben an den Gegenwartsproblemen Interesse zu nehmen, an der Arbeitslosigkeit, an den Opfern der Wirtschaftskrise, jedoch auch an dem Problem der Sicherung der freien demokratischen Selbstverwaltung und deren Grundlagen und Sicherung der Finanzwirtschaft in den Gemeinden. (Lebhafter Beifall).

Der Obmann der Geschäftsleitung, Vizebürgermeister Emmerling, erstattete sodann einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Städtebundes in den Jahren 1928 bis 1932. Er beschäftigte sich insbesondere mit den Aktionen, die der Städtebund für die Durchsetzung einer günstigen Abgabenteilung unternommen hat, und besprach die Erfolge, die auf diesem Gebiete für die Gemeindenerzielte wurden. Der Berichterstatter würdigte auch die umfangreiche Arbeit des Sekretariates des Städtebundes, das sehr zweckmässige Statistiken über die Finanzverhältnisse der grösseren Gemeinden, die Führung der Stadttheater, die Gemeindebibliotheken, Archive und Sammlungen, die Wohnbautätigkeit, die Besoldungsverhältnisse der Gemeindeangestellten usw. angelegt hat.

Nach Genehmigung dieses Referates berichtete Stadtrat Speiser über die Kassengebarung des Städtebundes und beantragte, den Mitgliedsbeitrag unverändert beizubehalten. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Sodann wurden die Gemeinden Atzgersdorf und Mauer (bei Wien) zu Rechnungsprüfern gewählt; die Neuwahl des Grossen Ausschusses des Städtebundes ergab keine Veränderung.

In einem grossangelegten Referat berichtet nun Bürgermeister-Stellvertreter Professor Rückl (Graz) über die Finanzsorgen der Gemeinden und die Forderungen des Städtebundes. Der Referent gibt einen Ueberblick über die Entwicklung der Abgabenteilung vom Jahre 1922 bis zum Jahre 1929 und zeigt die Tendenz der Bundesverwaltung auf, die darin besteht, die ausschliesslichen Bundeseinnahmen, Steuern und Zölle zu erhöhen und die gemeinschaftlich Bundesabgaben zu ermässigen, wodurch sich die Ertragsanteile der Gemeinden vermindern. Die Gefahr des offenen Zusammenbruches der Verwaltung in den österreichischen Städten, sagt ^{der} Berichterstatter, sei nahegerückt; zum Teil sei der Zusammenbruch schon eingetreten. Die Regierung habe fast alle wesentlichen Forderungen des Städtebundes abgelehnt und wolle die Städte und Industriegemeinden auch weiterhin ohne Hilfe lassen. Der heutige Städtetag sei ein Notschrei und eine letzte Warnung, da die Gemeinden in die verschärfte Krisenzeit, deren Beginn mit 1929 angenommen werden könne, ohne genügende finanzielle Sicherung eingetreten seien. Die Kämpfe um eine Verbesserung des Abgabenteilungsgesetzes haben leider nicht jenen Erfolg gehabt, der zu einer Gesundung der Gemeindefinanzen notwendig gewesen wäre. Die Benachteiligung durch das Bundespräzipuum allein ergebe für die Länder und Gemeinden seit dem Jahre 1924 bis zum Jahre 1932 einen Betrag von 390 Millionen Schilling, wovon 195 Millionen Schilling auf die Gemeinden entfallen. Die Nichtaufteilung der Vermögensabgabe sei ein glatter Rechtsbruch der Regierung gewesen und habe den Gemeinden ebenfalls grosse Einnahmenverluste gebracht. Die Finanzpolitik des Bundes bestehe im Gegensatz zu den offiziellen Erklärungen, dass die Wirtschaft keine neue Belastung ertrage, darin, ausschliessliche Bundes-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

abgaben und Zölle zu erhöhen, gemeinschaftliche Bundesabgaben jedoch zu ermässigen, so dass die Einnahmen des Bundes gestiegen, hingegen die Anteile der Gemeinden zuerst relativ und später auch absolut immer mehr zurückgegangen seien. Der Redner bespricht dann den Finanzausgleich vom Jänner 1931, der für eine Besserung der Gemeindefinanzen nicht wirksam geworden ist, weil mittlerweile die Wirtschaftskrise grosse Rückgänge der Steuereinnahmen gebracht hat. Die Regierung und der Nationalrat, sagte der Redner, scheinen sich trotz gegenteiliger Versicherungen über die Bedeutung der sozialen Fürsorge in den Gemeinden noch nicht klargeworden zu sein. An die Tore der Rathäuser poche das soziale Elend, die Vertreter der Gemeinden können sich nicht verbergen, an die Gemeinden rolle die Welle der Verelendung der Bevölkerung und die daraus entstehende Verzweiflung immer zuerst heran. Die Gemeindevertreter stehen an der vordersten Front des Kampfes gegen Elend und Verzweiflung. Wehe einem Staatswesen, das die pflichtbewussten Kämpfer gegen den Hunger in den Gemeinden ohne Hilfe, ohne Unterstützung lasse. Bei dem starken Rückgang der Einnahmen und dem Steigen der Fürsorgeausgaben war es eine leichterkklärliche Folge, dass die Gemeinden in immergrössere finanzielle Schwierigkeiten gerieten und der Verfall, die Verwahrlosung wichtiger Verwaltungszweige eintrat und auch der Schuldendienst teilweise nicht mehr in Ordnung geleistet werden konnte. Der Redner bespricht sodann die vom Grossen Ausschuss des Städtebundes erhobenen Forderungen und die vom Finanzminister im Namen der Regierung gegebene Antwort. Schliesslich ersucht Vizebürgermeister Rückl den Städtetag, in voller Einmütigkeit folgenden Antrag zu beschliessen:

1.) Der Städtetag lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung und des Nationalrates in sehr ernster Zeit neuerlich auf die finanzielle Notlage der österreichischen Städte und Industriegemeinden. Durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise mit dem grossen Rückgang der Einnahmen und den steigenden Fürsorgelasten und durch die Nichtbeachtung der Grundsätze des Finanzausgleiches bei den steuerlichen Massnahmen der Regierung im Jahre 1931 und 1932, die dem Bund grosse Mehreinnahmen gebracht haben und auch den Ländern teilweise finanzielle Hilfe leisteten, die Gemeinden jedoch keine Mehreinnahmen erhielten, sind die Gemeinden in schwere Bedrängnis geraten, die rasche und wirksame Hilfe erfordern.

2.) Der Städtetag hält die vom Grosser Ausschuss des Städtebunde erhobenen Forderungen aufrecht und wiederholt in dringlicher Art die Forderungen auf schlüsselmässige Beteiligung der Gemeinden an allen Mehreinnahmen aus bisher gemeinschaftlichen Bundesabgaben, Novellierung der Bestimmungen über den Bundesbeitrag zur Krisenhilfe für ausgesteuerte Arbeitslose durch Erhöhung des Beitrages von 7 Millionen auf 15 Millionen Schilling und Aufteilung nach dem Arbeitslosenschlüssel, auf Freigabe des Vorzugsanteiles des Bundes an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, Beteiligung der Gemeinden an der Benzinststeuer, Schaffung eines Bundesausgleichsfonds für besonders bedrängte Gemeinden, Herabsetzung des Zinsfusses der Nationalbank, Konvertierung der kurzfristigen Gemeindefschulden durch langfristige Obligationen, Gleichstellung der Gemeindebetriebe mit den Privatbetrieben bezüglich der Steuerbekenntnisse; Unterstützung des Bundes bei der Beteiligung an der Landesbiersteuer, bei der Entlastung von Beitragsleistungen für Landes zwecke und Erhöhung der Zuschläge für die Landesgebäudesteuer über das Viertausendfache des Friedenszinses.

Der Städtetag kann die Antwort des Bundesfinanzministers, die eine Ablehnung aller obigen Forderungen bedeutet, nicht als Erledigung seiner Forderungen zur Kenntnis nehmen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

3.) Der Städtetag ersucht die Regierung, dem Nationalrat raschestens Vorlagen zu unterbreiten, die die Forderungen des Städtebundes erfüllen oder in anderer Form den Städten und Industriegemeinden **Mehreinnahmen** von jährlich 30 Millionen Schilling bringen und ausserdem eine Dotierung aus Bundesmitteln in der **Höhe** ^{von} jährlich 5 Millionen Schilling für einen zu schaffenden Bundesgemeindegleichs fonds für in besondere Notlage geratene Gemeinden vorsehen.

4.) Der Städtetag lehnt bei Nichterfüllung seiner Forderungen jede Verantwortung für die kommenden Geschehnisse in den Gemeinden ab, wenn durch deren finanziellen Zusammenbruch die Fürsorge infolge fehlender Mittel aufgelassen und die not- und hungerleidenden Menschen der Verzweiflung unterliegen und zu wilden Ausbrüchen getrieben werden.

Vizebürgermeister Rückl schliesst seine Ausführungen mit folgenden Worten: "Die Vertreter der Gemeinden haben ihre sorgenvolle Pflicht erfüllt, man lasse sie nicht im Stiche, wenn sie bemüht sind, die brandenden Wellen des sozialen Elends zu dämmen und das Gemeinwesen vor Verfall und Vernichtung zu retten. Macht Schluss mit dem gemeindefeindlichen System in Oesterreich, dem **grossen Städtesterben** muss **Einhalt** geboten werden!"

Fortsetzung folgt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Städtetag (Fortsetzung)

Bürgermeister Fischer (Innsbruck) erklärt, er müsse noch einige ergänzende Bemerkungen zu dem Referat machen. Eine schon seit zwei Jahren ständig erhobene Forderung des Städtebundes ist die Hilfe der Regierung zur Konvertierung der kurzfristigen Gemeindegeldschulden durch langfristige Obligationen. Die Gemeinde Innsbruck konnte knapp vor dem Zusammenbruch der Kreditanstalt ihre kurzfristigen ^{Kontokorrent-}darlehen in eine langfristige Schweizeranleihe konvertieren. Infolge der österreichischen Steuergesetzgebung musste jedoch ein erklücklicher Teil der Kontokorrentschuld weiterhin als solche belassen werden, sodass auch Innsbruck mit diesen Beträgen dem grossen Debakel und dessen Folgen in der österreichischen Finanzwirtschaft ausgesetzt war. Deshalb könne man sehr gut mit jenen Gemeinden fühlen, die ihre gesamten Schulden in kurzfristigen Darlehen angelegt haben. Angesichts dieser Tatsache sei es notwendig, auf diesem Gebiete Ordnung zu schaffen. Der Städtebund hat der Bundesregierung auch konkrete Vorschläge für die Durchführung dieser Aktion unterbreitet und es sei nicht einzusehen, warum bis heute diesen Vorschlägen die Zustimmung versagt wurde. Dauern die gegenwärtigen Verhältnisse an, dann sei es verschuldeten Gemeinden unmöglich, eine wirklich geordnete Finanzwirtschaft zu betreiben und ein auch nur halbwegs sicheres Jahresbudget aufzustellen. Redner betont eine weitere Forderung der Gemeinden sei die Befreiung von den Kleinrentnerbeiträgen gewesen. Auch auf diesem Gebiete müsse endlich etwas geschehen. Dann bespricht er die Notwendigkeit einer besseren Verteilung des Bundesbeitrages zur Unterstützung Arbeitsloser und verweist schliesslich auf die Pflicht zur Winterhilfe mit dem Bedenken, dass ein Winter vor der Tür stehe, traurig und besorgniserregend, wie einen solchen die Gemeinden seit 1918 nicht erlebt haben. Aus eigener Kraft seien die Gemeinden ausserstande, die unbedingt notwendigen Winterhilfsaktionen für die Unzahl der Arbeitslosen und Armen durchzuführen. Auch in diesem Falle seien Nationalrat und Bundesregierung in einer weit glücklicheren Lage, weil beide lange nicht so unmittelbar allen diesen drückenden Forderungen ausgesetzt sind und das wirkliche Elend nur aus der Ferne kennen.

Redner stellt zwei Anträge, 1. die Bundesregierung sei aufzufordern, die in der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz vorgesehene Verteilung des Bundesbeitrages zur Unterstützung Arbeitsloser in der Höhe von 7 Millionen Schilling in der Weise abzuändern, dass vor allem diejenigen Gemeinden, die mehr als 20 Arbeitslose zu unterstützen haben, nach der Kopfquote beteiligt werden, während den Ländern die restlichen Beträge zu verbleiben haben, aus denen Gemeinden mit weniger als 20 Arbeitslosen Notstandshilfen zuzuweisen sind. 2. Sei die Bundesregierung aufzufordern, dafür zu sorgen, dass künftighin bei allen die öffentlich Verwaltung und öffentliche Finanzwirtschaft betreffenden Gesetzesnovellen und bei Neufassung von Verordnungen die Vertretung des Städtebundes zur Stellungnahme eingeladen wird. Zum Schlusse betont Redner die unbedingte Notwendigkeit, dass alle Teile welche für die Führung des Staates verantwortlich sind, Regierung, Parlament oder Gemeindevertretung, einmütig zusammenstehen, die gegenseitigen Sorgen auf das Gründlichste überprüfen und einträchtig zusammenwirken. Nur dann sei die Hoffnung auf bessere Zeiten gerechtfertigt. (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender Bürgermeister Ott (Salzburg) begrüsst den inzwischen erschienenen Minister Bachinger und erteilt ihm das Wort.

Minister Bachinger begrüsst den Städtetag und erklärt, dass die Aufteilung der vom Bund für die Winterhilfe den Gemeinden zur Verfügung gestellten 7 Millionen Schilling nicht nach dem Schlüssel vorgenommen werden

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

soll, da die Ziffern der Ausgesteuerten nicht fassbar seien. Wir legen dieser Verteilung die Zahl der Arbeitslosen zugrunde. (Zustimmung). Die Besprechungen mit den zuständigen Ressorts sind bereits abgeschlossen, so dass die Verteilung der vom Nationalrat bewilligten Gelder klaglos und rechtzeitig durchgeführt werden kann. Minister a. D. Bürgermeister Dr. Schürff (Mödling) wirft die Frage auf, woher die 35 Millionen Schilling, die den Gemeinden zufallen sollen, hergenommen werden sollen. Es sei zu bedauern, dass bisher ein entschiedener Schritt zur Sanierung der Gemeindefinanzen nicht unternommen wurde. Redner hält die Konstruktion des Finanzausgleiches für verfehlt, man möge eine Konstruktion von unten nach oben versuchen, dann werde es vielleicht besser werden. Der Städtetag müsse auf eine vollständige Umänderung hinarbeiten, da meiner Ueberzeugung nach die gegenwärtige Krise von langer Dauer sein wird; ich erachte es als zweckmässig, den Gemeinden einen Krisenzuschlag aus Bundesmitteln einzuräumen. (Beifall).

Bürgermeister Rohrhofer (Krems) beantragt, dass die Regierung aufgefordert werden solle, sofort zurückzutreten, und der Bundespräsident ersucht werde, den Nationalrat aufzulösen und ehestens Neuwahlen auszusprechen. Nehme der Städtetag diesen Antrag an, dann würde er damit eine Tat setzen, aber nicht mit papierener Resolutionen, die vollkommen zwecklos seien, unnötige Zeit verbringen.

Vorsitzender Bürgermeister Ott erklärt, diesen Antrag zur Abstimmung nicht zulassen zu können, da er den Wirkungskreis des Städtetages überschreite. (Bürgermeister Rohrhofer: Dagegen muss ich protestieren!)

Bürgermeister Swowoda (Marchegg) beantragt, die Regierung sei zu ersuchen, den Aufteilungsschlüssel so zu ändern, dass den Städten und Industriegemeinden ein relativ höherer Anteil an den gemeinsamen Abgaben zukomme als den Landgemeinden, da sie durch die allgemeine Notlage und die herrschende Arbeitslosigkeit höhere soziale Pflichten zu erfüllen haben.

Dieser Antrag wird im Einverständnis mit dem Antragsteller dem Hauptausschuss zugewiesen.

Gemeinderätin Rosa Portele (Krems) teilt mit, dass der Antrag des Bürgermeisters Rohrhofer nicht die Anschauung der Gesamtbevölkerung ausdrücke, sondern lediglich seine Privatansicht darstelle. Der Antrag wurde auch im Gemeinderat gar nicht behandelt. Die christlichsoziale Fraktion im Kremser Gemeinderat habe sich von allen Anfang an dagegen gewendet.

Bürgermeister Sichelrader (Steyr) schildert die trostlose Finanzlage seiner Gemeinde; er habe im vergangenen Monat gar nicht die Gehälter der Gemeindebeamten auszahlen können und von dem Verband der Angestellten eine vorübergehende Geldhilfe annehmen müssen. Er verlangt die Schaffung eines Bundesausgleichsfonds für besonders notleidende Gemeinden.

Bürgermeister Neumayer (Hallein) beklagt gleichfalls, dass die Einnahmsquellen für die Gemeinden fast völlig versiegt sind; vielleicht wäre es möglich, wenigstens über die Krisenzeit hinaus die Amortisationsraten der Gemeindegeldschulden zu stunden.

Bürgermeister Pichler (Klagenfurt) verlangt, dass zur Einkommensteuer ein progressiver Zuschlag eingehoben werde, der ausschliesslich den Arbeitslosen zugute kommen soll. Er beklagt, dass die Ueberweisungen aus dem gemeinsamen Abgaben durch den Bund und das Land an die Stadt Klagenfurt sehr verspätet erfolgen, so dass die Gemeinde genötigt sei, Schulden zu machen und dafür Zinsen zu zahlen. Ein solcher Vorgang sei ungesetzlich und moralisch zu verwerfen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

Bürgermeister Werber (Zell am See) führt Beschwerde, dass Städte mit starkem Fremdenverkehr, die zur Hebung dieses Fremdenverkehrs Investitionen aufwenden, von der Regierung dafür als Schuldenmacher bezeichnet werden. Er verlangt die Herabsetzung des Zinsfusses für die Gemeindedarlehen. Von einer Ueberzahlung der Gemeindeangestellten sei bei den meisten Gemeinden längst keine Rede mehr, obwohl insbesondere in den kleineren Gemeinden die Arbeitslast ständig wächst.

Vizebürgermeister Scherleitner (Linz) unterstützt die Anträge Rückl und Fischer auf das Wärmste. Die Sparmöglichkeiten sind für alle Gemeinden längst erschöpft, und wenn nicht die Regierung mit der grössten Beschleunigung den Gemeinden hilft, dann ist der Zusammenbruch unvermeidlich.

Stadtrat Dr. Fischer (St. Pölten) stellt den Zusatzantrag, der Städtetag fordere die eheste Vornahme der Volkszählung, damit die Gemeinden ihren Ertragsanteil nach der richtigen Bevölkerungsziffer bekomme.

Bürgermeister Aust (Knittelfeld) begrüsst die Mitteilung des Ministers Bachinger, wonach die Aufteilung der Bundeshilfe für die Arbeitslosen nach der Zahl der Arbeitslosen in den einzelnen Ländern erfolgen werde. Mit der Erfüllung dieser Forderung werde eine wesentliche Besserung für die Gemeinden eintreten.

Vizebürgermeister Meinhardt (Wels) berichtet, dass Wels immer mit der grössten Sparsamkeit den Gemeindehaushalt geführt habe. Es wurden auch restlos alle Weisungen des Finanzministeriums befolgt. Trotzdem sind wir auch von der Krise erfasst worden, die Einnahmen sind gesunken, was aber nicht unsere Schuld ist, da die Gemeinde sich aus eigenen Kraft diese Schwierigkeiten nicht meistern kann. Werden unsere Forderungen nicht erfüllt, dann müssen auch die bestverwalteten Städte zusammenbrechen.

Es sprechen noch Vizebürgermeister Till (Krems) und Stadtrat Professor Holzer (Wr. Neustadt), worauf Vizebürgermeister Rückl in seinem Schlusswort auf die einzelnen Anregungen und Zusatzanträge ausführlich erwidert. Mit einem Appell an die Regierung und an die politischen Parteien, der Not der Gemeinden nicht verständnislos gegenüberzustehen, forderte er alle Gemeindefunktionäre auf, auch in dieser furchtbar schweren Zeit im Interesse der notleidenden Bevölkerung auszuharren. Es sei ausgeschlossen, dass dieser Notschrei ungehört verhallt; jeder zähe Kampf habe noch immer zu einem Erfolg geführt (Stürmischer Beifall).

Die nun vorgenommene Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme aller Anträge.

Vorsitzender Bürgermeister Muchitsch (Graz) dankt den beiden Referenten für ihre sachlichen und inhaltsreichen Ausführungen. Möge die heutige Tagung den verantwortlichen Faktoren zeigen, dass die Gemeinden, die in den letzten Jahren das Aschenbrödel waren, am Ende ihrer Kräfte sind. Die Regierung muss endlich ihre gemeindefeindliche Haltung aufgeben, soll ein Zusammenbruch der Keimzellen des Staates vermieden werden. Der Städtetag ist geschlossen. (Stürmischer Beifall)

.....